

Mitglieder der Verwaltung

Name	Funktion	Anwesenheitsgrund
Eric Hoffmann	FBL Jugend/Soziales/Schulen/Sport	Gesamte Sitzung
Bianca Aurich	Leiterin Kommunale Statistikstelle	TOP 5.1
Frank Zabel	Koordinator Kommunaler Präventionsrat	TOP 6 & 7

weitere Sitzungsteilnehmer

Name	Anwesenheitsgrund
Sabine Schott, Freie Presse	Öffentlicher Teil
Cornelia Greiner, Geschäftsführerin PARITAS	TOP 3
Ivonne Strobel, Wohnstättenleitung PARITAS	TOP 3

Tagesordnung: **öffentlicher Teil:**

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung
 - 1.1. Feststellung der Beschlussfähigkeit
 - 1.2. Tagesordnung
 - 1.3. Niederschrift über den öffentlichen Teil der 3. Sitzung des Bildungs- und Sozialausschusses am 28.11.2024
 - 1.4. Beantwortung von Anfragen
 - 1.5. Informationen des Bürgermeisters
2. Einwohnerfragestunde
3. Vorstellung PARITAS gemeinnützige Betreuungsgesellschaft mbH
Berichterstattung: Cornelia Greiner, Geschäftsführerin und Ivonne Strobel, Wohnstättenleitung
... Anschließend kurze Besichtigung
4. Information zur Kita-Bedarfsplanung des Vogtlandkreises für die Schuljahre 2024/25 bis 2027/28 – Stadt Plauen
Berichterstattung: Eric Hoffmann, FBL Jugend/Soziales/Schulen/Sport
5. Vorberatung
 - 5.1. Anpassung des qualifizierten Mietspiegels
BSV-108/2025
6. Retrospektive KPR 2024
Berichterstattung: Frank Zabel, Koordinator KPR
7. Vorstellung Maßnahmen zur Drogenprävention der Stadt Plauen (Antrag der CDU- Reg.-Nr. 48-25)
Berichterstattung: Frank Zabel, Koordinator KPR
8. Anfragen (§ 20 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen)

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung

Zunächst begrüßt Herr Tobias Kämpf, Bürgermeister GB I, die Ausschussmitglieder, sachkundige Einwohner sowie Gäste und die Presse. Ganz besonders begrüßt er Frau Greiner und Frau Strobel, die heute über die PARITAS berichten und ihre Arbeit vorstellen werden. Ferner bedankt er sich, dass das Gremium bei der PARITAS zu Gast sein darf.

Die 5. Sitzung des Bildungs- und Sozialausschusses wird durch Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit von Herrn Tobias Kämpf, Bürgermeister GB I, eröffnet und geleitet.

Gemäß aktueller Änderungen in § 39 SächsGemO weist Herr Tobias Kämpf, Bürgermeister GB I darauf hin, dass eine Verletzung von Form oder Frist der Ladung eines Gemeinderatsmitglieds als geheilt gilt, wenn das Mitglied zur Sitzung erscheint und den Mangel nicht spätestens bei Eintritt in die Tagesordnung der Sitzung geltend macht.

Mit Einverständnis des Bildungs- und Sozialausschusses werden zur Mitunterzeichnung der Niederschrift über die heutige Sitzung Stadtrat Sebastian Heydel, CDU-Fraktion, und Stadtrat Eric Holtschke, SPD/Initiative-Plauen-Fraktion, bestellt.

1.1. Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Tobias Kämpf, Bürgermeister GB I, stellt die Beschlussfähigkeit fest. Es sind 6 stimmberechtigte Mitglieder zu Beginn der Sitzung anwesend.

1.2. Tagesordnung

Es liegen keine Änderungsanträge, Fragen oder Hinweise zur Tagesordnung vor.

1.3. Niederschrift über den öffentlichen Teil der 3. Sitzung des Bildungs- und Sozialausschusses am 28.11.2024

Herr Tobias Kämpf, Bürgermeister GB I, stellt die inhaltliche Richtigkeit der Niederschrift über den öffentlichen Teil der 3. Sitzung des Bildungs- und Sozialausschusses vom 28.11.2024 fest.

1.4. Beantwortung von Anfragen

Es gibt keine offenen Anfragen aus der letzten Sitzung.

1.5. Informationen des Bürgermeisters

Herr Tobias Kämpf, Bürgermeister GB I, ist traurig mitteilen zu müssen, dass Frau Renate Kraus, eine langjährige Stadträtin und Mitglied des Sozialausschusses heute verstorben ist. Es wird eine Gedenkminute gehalten.

2. Einwohnerfragestunde

Es sind keine Einwohner anwesend.

3. Vorstellung PARITAS gemeinnützige Betreuungsgesellschaft mbH Berichterstattung: Cornelia Greiner, Geschäftsführerin und Ivonne Strobel, Wohnstättenleitung

... Anschließend kurze Besichtigung

Frau Cornelia Greiner, Geschäftsführerin PARITAS gemeinnützige Betreuungsgesellschaft mbH, begrüßt die Ausschussmitglieder und Gäste und stellt den Verein „Partner für psychische Kranke e.V.“, die Einrichtungen und deren Angebote anhand einer Präsentation vor. Die PowerPoint Präsentation wird den Ausschussmitgliedern über das Ratsinformationssystem zur Verfügung gestellt.

Gegründet wurde der psychosoziale Verein „Partner für psychisch Kranke“ e. V. 1990 von Frau Dr. Waldmann mit dem Ziel, die Lebensqualität psychisch kranker Menschen in der Region zu verbessern.

Zu den derzeit 150 Mitgliedern zählen Betroffene, Angehörige, in der Psychiatrie tätiges Klinikpersonal sowie interessierte Bürger.

Mit dem damaligen Vorstand, Herrn Prof. Dr. Waldmann hat der Verein im Laufe der Jahre weitere Angebote entwickelt. 2001 übertrug der Verein in Form einer Ausgliederung die Geschäftsfelder auf die PARITAS gGmbH, deren alleiniger Gesellschafter er seitdem ist. Frau Göschel hat derzeit der Vorstandsvorsitz.

Mit den stationären und ambulanten Betreuungsangeboten gewährleistet der Verein eine gemeindenahe sozialpsychiatrische Versorgung von psychisch erkrankten Menschen in der Region.

Zudem ist der Verein Mitglied in der Psychosozialen Arbeitsgemeinschaft, um die Interessen und die Belange der Betroffenen zu vertreten.

Ziel ist, die bestmögliche Versorgung von chronisch psychisch kranken Menschen zu organisieren, sodass ein Klinikaufenthalt vermieden wird. Die Betroffenen sollen eine selbstständige Lebensführung erreichen, um dann womöglich in den eigenen Wohnraum, in Arbeit und Familie zurückkehren zu können.

Herr Tobias Kämpf, Bürgermeister GB I, sagt, es wird hier eine wichtige Arbeit geleistet, mit Menschen, die von der Gesellschaft oft keine Chance bekommen. Er bedankt sich für den Einblick und das Engagement, den Betroffenen durch die Hilfeleistungen eine zweite Chance zu geben in ein eigenständiges Leben zurückzufinden. Natürlich erfordert dies einen enormen Aufwand und Energie und ist mit personellen Ressourcen verbunden.

Im Laufe der Sitzung wird man näher auf das Thema Prävention eingehen, so Bürgermeister Kämpf weiter. Er macht sich Gedanken, wie die Prävention am besten gelingen kann, damit die Menschen erst gar nicht in solche Situationen kommen.

Er möchte von Frau Greiner erfahren, ob sie Ansätze, Ideen oder Gedanken aus der Praxis hat, welche bei der Präventionsarbeit der Stadt Plauen berücksichtigt werden könnten.

Des Weiteren spricht Herr Bürgermeister Kämpf die Legalisierung von Cannabis an, die aus seiner Sicht ein schwerer Fehler war. Er möchte wissen, ob dadurch innerhalb der letzten 2 Jahre eine signifikante Steigerung an Problemen wahrgenommen wird, die sich auf den Konsum schließen lassen.

Frau Greiner kommt zunächst auf die personellen Ressourcen zurück. Zum Team gehören derzeit 71 Mitarbeiter. Es ist ein Geschenk, so Frau Greiner. Es sei wichtig, dass man selbst Psychohygiene betreibt, durch Supervision und Gespräche sich gegenseitig den Rücken stärkt.

Der Verein war in Schulprojekte wie z. B. „Verrückt, na und?“ eingebunden. In den 9. und 10. Klassen konnten sich die Schüler mit dem Thema Depression auseinandersetzen. Dadurch konnte Stigmatisierung zu dieser Erkrankung abgebaut werden. Man kann jedoch nicht in allen Schulen einen Ansprechpartner finden.

Es wäre gut, wenn man die Info an die Schulen weitergibt, dass es eine Kontakt- und Beratungsstelle gibt, wo man anonym eine Beratung und Hilfeleistung bekommt. Auch arbeitet der Verein sehr eng mit der Telefonseelsorge zusammen. Es gibt auch Veranstaltungen z. B. „Kamera Sensibel“, ein Film, welcher jedes Jahr im Malzhaus gezeigt wird. Zudem sind die

Chefärzte der Kliniken anwesend, um die Problematik aufzuzeigen. Dabei können verschiedene Themen angesprochen werden.

Neben den vererbaren Krankheiten kommen noch äußere Einflüsse hinzu. Auch durch die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen können induzierte Psychosen hervorgerufen werden. Das sind externe Einflüsse, welche die Krankheit beschleunigen und begünstigen können. Ebenso spielen instabile Familienstrukturen oder Gewalt eine große Rolle.

In Bezug auf den Cannabiskonsum sind die Betroffenen sehr zurückgezogen und müssen eher mobilisiert werden. Der Konsum an sich könne jedoch nicht gänzlich verhindert werden, da es legalisiert wurde. Dennoch bleibt der Konsum im Zusammenhang mit anderen Medikamenten, welche die Betroffenen nehmen müssen, ein gefährlicher Mix.

Frau Greiner übergibt das Wort an Frau Strobel, welche die Arbeit in der PARITAS näher vorstellen wird.

Frau Ivonne Strobel, Leiterin der sozialtherapeutischen Wohnstätten, ist seit 18 Jahren bei der PARITAS beschäftigt. Sie betreut stationäre Wohnformen wie die sozialtherapeutische Wohnstätte, Außenwohngruppen am Fasanenring, am Altmarkt und auf der August-Bebel/Kaiserstraße sowie Seniorenaußenwohngruppen.

Es gibt noch das betreute Wohnen in Gastfamilien. Aktuell kann diese Wohnform jedoch nicht realisiert werden, da es sehr schwer ist geeignete Gastfamilien zu finden, die sich um erwachsene psychische kranke Menschen sorgen möchten.

Im stationären Bereich wird rund um die Uhr betreut. Das Personal ist immer vor Ort. Es wird der Tagesablauf (Aufstehen, Zubereiten von Mahlzeiten, Reinigung) mit den Bewohnern strukturiert. Auch finden sportliche Aktivitäten statt, wie Spaziergänge, Schwimmen im Stadt- oder Freibad sowie Ausflüge an die Talsperre Pöhl. Ebenso werden Ergotherapie, Gedächtnistraining oder Gesellschaftsspiele im Haus angeboten und rege angenommen. Zudem wird mit den Bewohnern gekocht und gebacken.

Natürlich müssen viele administrative Dinge parallel erledigt werden. Der Kostenträger ist der KSV. Es müssen Berichte für den KSV erstellt werden, um Kostenzusagen verlängern zu lassen. Dies ist mit hohem Aufwand verbunden. Zudem wird der Förderplan zusammen mit den Bewohnern erstellt, damit die Ziele festgehalten werden können. Auch der medizinische Bereich (Begleitung zu den Ärzten) muss abgedeckt werden. Das nimmt stetig weiter zu. Auch die Medikamentenverordnung vom Arzt wird immer gemeinsam mit den Bewohnern umgesetzt.

In den Außenwohngruppen werden die Bewohner nur tagsüber betreut, nachts sind die Bewohner allein, haben jedoch die Möglichkeit anzurufen. Hier ist der Anspruch gegeben, die Betroffenen in einem gewissen Rahmen wieder in die eigene Häuslichkeit zu bringen. Bei den Älteren wird es irgendwann auf die Pflegeeinrichtung hinauslaufen, dennoch versucht man dies solange wie möglich zu vermeiden.

Frau Strobel wünscht sich, die Pflege und die Eingliederungshilfe zu verbinden, damit die Betroffenen auch bei Pflegebedürftigkeit nicht ins Pflegeheim übergeleitet werden müssen. Natürlich werden die Bewohner bei einfachen pflegerischen Maßnahmen unterstützt.

Stadträtin Diana Tarnawski, BSW-Fraktion, fragt, ob es möglich ist, sich als Arbeitgeber bei der PARITAS beraten zu lassen.

Frau Strobel antwortet, dass dies über die Kontakt- und Beratungsstelle möglich sei.

Frau Greiner ergänzt, dass derzeit eine Arbeitgeberveranstaltung organisiert wird. Eine direkte Kontaktaufnahme zu PARITAS als Arbeitgeber sei jedoch auch möglich.

Weiter fragt Frau Tarnawski, ob eine Zusammenarbeit mit dem Opferschutz besteht und ob PARITAS beratend für Gewaltopfer tätig ist.

Frau Greiner bejaht die Frage. Es gebe verschiedene Netzwerkpartner, dies wird über die Kontakt- und Beratungsstelle organisiert. Es finden regelmäßige Treffen mit dem Opferschutz statt.

Ferner möchte Frau Tarnawski wissen, ob auch ADHS eine Rolle bei den Erkrankungen spielt.

Frau Strobel sagt, das dies meistens in Kombination mit einer anderen Diagnose der Fall sei.

Eric Hoffmann, Fachbereichsleiter Jugend, Soziales, Schulen und Sport, bedankt sich für die Ausführungen. Er selbst kommt aus der Eingliederungshilfe, war lange beim KSV tätig. Er kennt die Arbeit und weiß, dass die Einschränkungen und Krankheitsbilder immer komplexer werden und die drogeninduzierten Psychosen bei den Jüngeren deutlich schneller fortschreiten.

Er möchte wissen, ob es den klassischen Durchlauf gibt, schafft es jemand wieder, in die ambulante Wohnform oder in die häusliche Umgebung zu wechseln.

Die Hoffnung sieht Frau Strobel auf jeden Fall. Die Überleitung in die Außenwohngruppen oder in die ambulante betreute Wohnform sind auf jeden Fall gegeben.

Sebastian Loik, sachkundiger Einwohner, ist dankbar für die lange Zusammenarbeit mit der PARITAS. Er möchte wissen, wie die Anfragen im Verhältnis zur Kapazität stehen, also das, was die PARITAS tatsächlich bedienen kann. Ferner fragt er, ob es weitere Pläne gibt, Wohnformen oder weitere Wohnstätten zu etablieren. Er ist der Ansicht, dass da ein großer Bedarf besteht. Er denkt an eine Wohnform, wo die Menschen aufgrund von psychischen Erkrankungen dauerhaft untergebracht werden könnten. Eine solche Wohnform gibt es nicht in der Nähe. Die Betroffenen müssen weite Wege auf sich nehmen, die Familie ist dann oft nicht in der Nähe, dies ist für Betroffene nicht hilfreich.

Frau Greiner erläutert, dass die stationären Plätze gesetzt sind. Diese werden vom Sozialgesetzgeber und vom Land anhand der Einwohnerzahlen vorgegeben. Mit 32 Plätzen ist die stationäre Wohnstätte voll. Es wird demzufolge keine Wohnstätte mehr gebaut werden können. Glücklicherweise wurden die Außenwohngruppen im Zuge des Neubaus realisiert, weil diese zum stationären Bereich gehören. In der Außenwohngruppe gibt es insgesamt 22 Plätze, davon sind 8 in der der Seniorenwohngruppe.

Da wurde schon eine Erweiterung erzielt. Damit ist die Kapazität ausgeschöpft.

Ambulant geht immer vor stationär, ergänzt Frau Greiner. Mit den ambulanten speziell kombinierten Angeboten versucht man die hohen Bedarfe aufzufangen. Die Wartelisten im ambulanten und stationären Bereich sind lang.

Frau Strobel fügt hinzu, es wird versucht, bedarfsgerecht zu agieren. Bei Anfragen wird immer geprüft, ob eventuell ein Auszug bevorsteht und ob ein Platz in der Zeit realisierbar ist. Ansonsten könne man sich auf die Warteliste setzen lassen. Die Anfragen aus dem Einzugsgebiet werden natürlich bevorzugt behandelt. Der Bedarf ist groß. Es gibt mehr Nachfragen, als sie überhaupt bedienen können.

Bürgermeister Kämpf bedankt sich für die Ausführungen und unterbricht die Sitzung. Es findet eine kurze Besichtigung der Räumlichkeiten der PARITAS statt.

- 4. Information zur Kita-Bedarfsplanung des Vogtlandkreises für die Schuljahre 2024/25 bis 2027/28 – Stadt Plauen**
Berichterstattung: Eric Hoffmann, FBL Jugend/Soziales/Schulen/Sport

Herr Tobias Kämpf, Bürgermeister GB I, möchte vorab zum Thema Landeszuschüsse informieren. Die Stadt Plauen möchte die Kitabeiträge moderat und stabil lassen. Nun wurde im Zuge der Haushaltsplanung mit 10 % Erhöhung des Landeszuschusses gerechnet, welche auch von den Kommunen gefordert wurde.

Wie man jetzt aus der Presse erfahren konnte, wird der Landeszuschuss in 2025 nicht erhöht. In 2026 soll es dann eine Erhöhung von 55,00 Euro (nicht mal 2 %) geben. Somit sei man weit von den Forderungen und der Planung entfernt. Dies ist keineswegs ein guter Kompromiss.

Die Differenz muss die Stadt Plauen somit zusätzlich übernehmen, somit werden die finanziellen Spielräume für andere, ebenfalls wichtige Maßnahmen kleiner werden, so Bürgermeister Kämpf weiter.

Eric Hoffmann, Fachbereichsleiter Jugend/Soziales/Schulen/Sport, stellt die Kita-Bedarfsplanung für die Schuljahre 2024/25 bis 2027/28 anhand einer PowerPoint Präsentation vor. Die Präsentation wird den Fraktionen im Ratsinformationssystem zur Verfügung gestellt.

Er erläutert die Inanspruchnahme und die Bedarfsdeckung in der Krippe, Kindergarten sowie Hort zum Stichtag 30.06.2024. Ferner stellt er die Bedarfsdeckung bis zum Schuljahr 2027/28 vor. Die Prognose zeigt, dass durch den Geburtenrückgang bis 2030 auf jeden Fall eine Überdeckung an Betreuungsplätzen zu verzeichnen sein wird, dadurch stehen mehr Plätze zur Verfügung als notwendig wären.

Für Plauen sind ca. 430 Geburten pro Jahr zu erwarten. Dennoch müsse man langfristig mit dem Rückgang der Kinderzahlen rechnen. Wenn die Bedarfsdeckung über 100 % liegt, müssen die Kapazitäten angepasst werden, um bedarfsgerecht reagieren zu können. Im Planungszeitraum sei man jedoch gut aufgestellt.

Aus der Praxis heraus lässt sich sagen, dass wir weiterhin eine gute Versorgungslage mit Kitaplätzen haben, so Herr Hoffmann weiter. Ferner könne die Ganztagsbetreuung im Hort, welche ab August 2026 eingeführt werden sollte, langfristig gesichert werden. Somit stehe für jedes Kind in der 1. Klasse ein Hortplatz zur Verfügung. Mittelfristig gebe es keinen Anlass Kitas zu schließen, dennoch müsse man die Entwicklung weiter im Auge behalten.

Die Bedarfslage und Deckung sind gut, die Kitaeinrichtungen und Horte in der Stadt Plauen sind gut ausgelastet. Durch den Zuzug von ukrainischen Familien oder Familien mit Migrationshintergrund konnte der Effekt abgefedert werden. In den letzten Jahren gab es mehr Zuzüge als Wegzüge. Die ausführliche Kita-Bedarfsplanung wird an die Fraktionen per E-Mail verteilt.

Bürgermeister Kämpf bedankt sich für die Ausführungen. Er ist froh, dass der Rechtsanspruch auf einen Ganztagsplatz umgesetzt wird. Als Kommune sei man gut darauf vorbereitet.

Stadtrat Eric Holtschke, Vorsitzender der Fraktion SPD/Initiative-Plauen, möchte wissen, wie sich das Niveau bei dem Geburtenrückgang entwickelt.

Herr Hoffmann erklärt, dass die Geburtenzahlen stetig gesunken sind. 2019 waren es noch ca. 600 Geburten, danach wurde es schrittweise immer weniger. 2024 sind 360/370 Plauener Bürger zur Welt gekommen.

Bürgermeister Kämpf sagt, die demografische Entwicklung wird sich leider negativ fortsetzen, dennoch sollte man Hoffnung haben, dass diese Entwicklung nicht dauerhaft ist. Natürlich sei die Zeit von vielen Krisen geprägt, welche die Menschen sehr verunsichert. Trotzdem zeigt sich der Bürgermeister sehr zuversichtlich. Durch den Zuzug ist ein gewisser Ausgleich entstanden. Die Stadt Plauen verzeichnet in den letzten Jahren mehr Zuzüge als Wegzüge, das ist ein positiver Trend, so Herr Kämpf weiter. Es werden nicht alle Kapazitäten abgebaut, Schließungen in einer Größenordnung seien in Plauen nicht zu erwarten.

Sebastian Loik, sachkundiger Einwohner, möchte wissen, ob es eine Statistik gibt, wann pädagogische Fachkräfte in Rente gehen. Ferner fragt er, wie dann die Neubesetzung geregelt wird.

Herr Hoffmann bestätigt, dass der Generationswechsel schon zu spüren sei. Natürlich gebe es auch hin und wieder Beschäftigungsverbote aufgrund der Schwangerschaft. Dem versucht man immer gut zu begegnen und zu kompensieren. Er versichert, man habe die personelle Auslastung monatlich im Blick, ggf. kann die Betreuung durch Springer ausgeglichen werden. Zudem werden die Ausbildungen zum Erzieher stärker beworben. Als Praxispartner bei Ausbildungen oder Praktika versucht die Stadtverwaltung, angehende pädagogische Fachkräfte langfristig an sich zu binden.

Stadträtin Diana Tarnawski, BSW-Fraktion, möchte wissen, welcher Zeitraum mit langfristig gesichert gemeint ist.

Herr Hoffmann antwortet, erstmal für den Planungszeitraum Schuljahrende 2028.

5. Vorberatung

5.1. Anpassung des qualifizierten Mietspiegels BSV-108/2025

Herr Tobias Kämpf, Bürgermeister GB I, informiert, dass der Mietspiegel gesetzlich alle 4 Jahre neu erstellt und alle 2 Jahre aktualisiert werden müsse. Der Mietspiegel wurde nach langer Zeit in 2024 Jahr auf den Weg gebracht. Der Mietspiegel bleibt grundsätzlich gleich, muss jedoch an die aktuellen Entwicklungen angepasst werden. Zur Aktualisierung gibt es 2 Möglichkeiten, entweder durch einen Index oder durch eine erneute Befragung.

In der AG Mietspiegel habe man sich geeinigt, eine neue, etwas kleinere Befragung durchzuführen, um die genaue Entwicklung abzubilden. Beim Index zählt immer der bundesweite Index, der von der regionalen Entwicklung stark abweichen kann. Bei der Befragung dagegen setzt man auf mehr Qualität und die tatsächlichen Zahlen.

Bianca Aurich, Leiterin Kommunale Statistikstelle, stellt die Anpassung des Mietspiegels anhand einer Präsentation vor. Die Präsentation wird den Fraktionen über das Ratsinformationssystem zur Verfügung gestellt.

Stadträtin Yvonne Gruber, Freie Bürgerliste Plauen, möchte wissen, wie das Auswahlverfahren funktioniert. Sie fragt, nach welchen Kriterien ausgewählt wird, welche Mieter angesprochen werden und ob die Befragung stadtteilbezogen erfolgt.

Frau Aurich erklärt, es gebe eine Grundgesamtheit von ca. 45.000 Wohnungen. Befragt werden ausschließlich Mieter und Vermieter von Wohnungen. Durch die Grundsteuerdaten wird gefiltert, welcher Wohnungsraum eigengenutzt wird. Dann werden noch die Wohnheime herausgerechnet. Dann werden die Mieter nach Zufallsprinzip (Stichprobe) auf Grundlage des Einwohnermelderegisters gezogen.

Stadträtin Diana Simon, AfD-Fraktion, fragt, ob auch Privatvermieter befragt werden. Ferner möchte sie wissen, ob der Mietspiegel nach dessen Aktualisierung auch für das Jobcenter bindend ist.

Frau Aurich antwortet, dass neben den Großvermietern auch die privaten Vermieter angesprochen werden. Der Mietspiegel wird unabhängig vom Jobcenter erstellt und hat auf die Leistungen vom Jobcenter keinen Einfluss.

Bürgermeister Kämpf verliest den Beschlusstext.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die Anpassung des qualifizierten Mietspiegels 2025.

7 Ja-Stimmen

0 Nein-Stimmen

0 Enthaltungen

Die Mitglieder des Bildungs- und Sozialausschusses stimmen dem Beschlussvorschlag einstimmig zu.

6. Retrospektive KPR 2024
Berichterstattung: Frank Zabel, Koordinator KPR

Frank Zabel, Koordinator Kommunalen Präventionsrat, stellt die Retrospektive 2024 anhand einer PowerPoint Präsentation vor. Der detaillierte Bericht kann unter www.plauen.de/Prävention eingesehen werden.

Insgesamt kann der KPR auf 33 Veranstaltungen mit über 4000 Besuchern in 2024 zurückblicken.

Über das ganze Jahr haben zahlreiche Veranstaltungen stattgefunden. Angefangen von Präventionsveranstaltungen zur Mediensucht, verschiedene Vorträge zur Betrugsmasche im Internet und am Telefon, Vortrag über die Polizeibehörde, Elternabende in den Kitas und Horten zum Thema Mediensucht, Eröffnung der Villa Postplatz, verschiedene Projekte (wie Kinderstadt und Anti-Mobbing Projekt), Haselbrunner Filmmacht, Junge Party, Verkehrssicherheitstag, Veranstaltungen zur Suchtprävention, Graffiti Workshops bis hin zum Fachtag zur Gewaltprävention und dem Präventionstag für Senioren sowie zahlreichen Stadtteilstunden die vielfältigen Angebote des Kommunalen Präventionsrates ab.

Die Eröffnung der Villa Postplatz als Begegnungsstätte war ein wichtiger Schritt, bei dem die Stadtverwaltung, insbesondere der KPR und die Markus-Paulus-Kirchgemeinde intensiv mitgewirkt haben.

Besonders stolz ist Herr Zabel auf die Haselbrunner Filmmacht. Im Laufe der 3 Jahre ist diese Veranstaltung sehr gewachsen und zu einer festen Tradition im Stadtteil Haselbrunn geworden. Viele Vereine präsentieren sich dort. Es wurde immer gut angenommen, 500 Gäste sind dort regelmäßig dabei. Diese Veranstaltung wurde bisher aus den Fördermitteln „Demokratie leben“ finanziert. Dieses Jahr wird man eine andere Lösung finden müssen, da die Fördermittel aus dem Bundesprogramm „Demokratie leben“ nicht abgerufen wurden.

Auch die „Junge Party“ gehört mittlerweile zur Tradition unter den Präventionsveranstaltungen. Die Party wird als Medium dazu genutzt, um die Jugendlichen über Freizeit- und Präventionsangebote zu informieren.

Ferner stellt Herr Zabel die Perspektive 2025 vor und gibt einen Überblick zu den jährlichen Aktivitäten. Aktuell stehen 26 Projekte auf dem Plan. Die Projekte sind orientiert an den 4 Handlungsfeldern (Frühkindliche- und schulische Prävention, Gemeinwesenorientierte Prävention, Stärkung der demokratischen Werte, Suchtprävention). Detaillierte Projekte können der Präsentation entnommen werden.

Stadträtin Diana Tarnawski, BSW-Fraktion, ist traurig, dass die zukünftige Realisierung der Haselbrunner Filmmächte an den Fördermitteln scheitert. Sie fragt, ob es vielleicht durch eine Spendenaktion ähnlich wie z. B. bei der Eisbahn aufrechterhalten werden könnte.

Tobias Kämpf, Bürgermeister GB I, sagt, bei „Demokratie leben“ handelt es sich um eine Bundesförderung, die vom Vogtlandkreis ausgezahlt wird. Die Fördermittel in Höhe von 150.000,00 Euro stehen grundsätzlich dem Vogtlandkreis dieses Jahr zur Verfügung. In der Vergangenheit gab es Diskussionen, welche Fördersumme für welche Projekte eingesetzt wird.

Im Vogtlandkreis ist die Resonanz auf die Projekte sehr gut. Projekte, wie die Kinderstadt oder die Jüdischen Kulturtage wurden bereits darüber finanziert.

Im Ältestenrat hat Bürgermeister Kämpf signalisiert, dass die Fördermittel aus dem Bundesprogramm weiterhin beantragt und abgerufen werden sollen.

Hierzu braucht es aber eine Personalstelle, welche derzeit noch unbesetzt ist. Ziel des Vogtlandkreises ist es die Förderung bereitzustellen. Momentan kommt es zwar zur zeitlichen Verzögerung, er ist jedoch guter Dinge, dass die Fördermittel trotzdem fließen werden, so Bürgermeister Kämpf weiter.

Stadträtin Tarnawski, spricht an, dass die Femizide ziemlich gestiegen sind. Sie selbst ist Mitglied bei UN Women. In vielen Gesprächen hat sie erfahren, dass die Gewalt gegen Frauen zugenommen hat und merkt an, dass dieses Thema im Osten Deutschlands nur gering wahrgenommen wird. Weiter spricht sie den „Orange Day“ an, an dem sich viele Städte im Westen Deutschlands beteiligen. München lässt zum Beispiel die Allianz Arena in Orange erstrahlen.

Sie möchte gern wissen, ob die Stadt Plauen in diesem Jahr auch an der Orange Day Aktion teilnehmen könnte, so könnte das Neue Rathaus außen beleuchtet werden. Es ist ihr bewusst, dass dies mit Kosten verbunden ist, dennoch sollte man öffentlich ein Zeichen gegen Gewalt gegenüber Frauen setzen.

Herr Tobias Kämpf, Bürgermeister GB I, stimmt Frau Tarnawski zu, dass ein Zeichen gegen Gewalt gesetzt werden muss. Er berichtet, dass im letzten Jahr eine Aktion vom Theater Plauen-Zwickau und anderen Akteuren anlässlich des Orange Day auf dem Theaterplatz stattgefunden hat. Er selbst war vor Ort. Dabei wurden verschiedene Fälle gezeigt, bei denen die Frauen mit Gewalt konfrontiert worden sind. Es sei wichtig, darauf aufmerksam zu machen. Er wird die Anfrage mitnehmen und prüfen lassen, ob es in einem gewissen Rahmen realisiert werden könnte.

Dennoch sollte man differenzieren. Wenn man darauf aufmerksam macht, sei es wichtig, den regionalen Bezug herzustellen, insbesondere zum Thema Schutz vor Gewalt oder Gewaltprävention insgesamt. Das ist auch die Strategie des KPR, die Gewaltprävention in der Gesamtheit abzudecken.

**7. Vorstellung Maßnahmen zur Drogenprävention der Stadt Plauen (Antrag der CDU-Reg.-Nr. 48-25)
Berichterstattung: Frank Zabel, Koordinator KPR**

Herr Tobias Kämpf, Bürgermeister GB I, führt in das Thema ein und berichtet, dass dem Antrag der CDU Fraktion ein offener Brief von verschiedenen Akteuren aus dem Arbeitskreis Drogen vorausgegangen war. Er bittet die CDU-Fraktion den Antrag vorzutragen.

Stadtrat Sebastian Heydel, CDU-Fraktion, stellt den Antrag Reg.-Nr. 48-25 inhaltlich vor. Im Brief hat der Arbeitskreis Drogen seine Sorgen über die Kinder und Jugendlichen zum Ausdruck gebracht. Es wurden verschiedene Punkte genannt wie psychische Auffälligkeiten, Ess- und Angststörungen, verschiedene Süchte, aber auch Überforderung mit der gesamtgesellschaftlichen Situation, geringe Resilienz und viele andere.

Erfahrungsgemäß sind das Symptome, die er in seiner Tätigkeit im Schulalltag bei Kindern und Jugendlichen beobachten kann.

Im Brief werden verschiedene Forderungen gestellt. Die CDU-Fraktion begrüßt die Initiative des Arbeitskreises Drogen mit dem Ziel, die Kinder und Jugendlichen zu unterstützen und zu stärken und teilt die Sorgen über die junge Generation. Gerade zum Thema Drogen, welches aufgrund des regionalen Bezugs ganz weit vorn steht, möchten wir der Forderung nachkommen und uns mit dem Thema Suchtprävention auseinandersetzen.

Er bittet die Stadt Plauen, die Maßnahmen zur Drogenprävention vorzustellen.

Bürgermeister Kämpf sichert zu, dass über den Kommunalen Präventionsrat bereits viele Präventionsmaßnahmen abgedeckt werden. So konnte in den letzten 3 Jahren eine flächendeckende Präventionsarbeit im Hinblick auf die Suchtprävention stetig verbessert werden. Er übergibt das Wort an Herrn Zabel.

Frank Zabel, Koordinator Kommunalen Präventionsrat, bedankt sich für den Antrag und stellt die Maßnahmen zur Suchtprävention seitens der Stadt Plauen vor.

Die Suchtprävention ist eine Aufgabe, die nicht von einem Bereich gelöst werden kann, so Herr Zabel. Deswegen gilt sein besonderer Dank allen Akteuren der Prävention, insbesondere Suchtprävention, welche viel mehr leisten als sie eigentlich leisten müssen. Es gebe viele engagierte Akteure, die in der AG Sucht zusammenarbeiten.

Primär setzt man bei der Suchtprävention auf das Thema Lebenskompetenzen. Es sei wichtig, die Lebenskompetenzen möglichst schon im frühen Alter zu festigen, denn diese haben große Auswirkungen auf das spätere Leben. Erfahrungsgemäß ist die Sucht oft eine Folge von Defiziten. Um diese Defizite auszugleichen, folgt oftmals ein Suchtverhalten in Form von Drogen oder Spielsucht. Dadurch bekommen die Süchtigen Erfolgserlebnisse oder Anerkennung, die sie sonst nicht bekommen.

In der Stadt Plauen wird ein Mehrstufenprojekt angewandt. Das Konzept ist so aufgebaut, dass zuerst in den Kindergärten Präventionsarbeit geleistet und Präventionsprogramme installiert werden, um frühzeitig die Lebenskompetenzen bei den Kindern zu fördern. Das Programm „Gute Freunde, starke Kinder“ ist an den Kindergärten installiert, welches gut evaluiert ist und rege angenommen wird. Das ist ein Programm aus Bayern, das in vielen Kitas genutzt wird.

An Grundschulen wird dann das Programm „Klasse 2000“ umgesetzt mit dem Ziel Lebenskompetenzen weiter zu festigen und zu fördern, aber mit einem höheren Anspruch auf das Thema Gesundheit und Förderung.

„Klasse 2000“ wird von der 1. bis zur 4. Klasse angeboten und von einem Verein aus Nürnberg durchgeführt, welcher als Partner für Plauen gewonnen werden konnte. Das Besondere daran ist, dass spezielle Gesundheitsförderer in die Klassen kommen. Der finanzielle Aufwand ist da etwas höher. Die Kosten belaufen sich pro Klasse und Schuljahr auf 250,00 Euro. Der Gesundheitsförderer ist das ganze Schuljahr Ansprechpartner für die Klasse, zudem gibt es ein Onlineportal und eine App, worüber sportliche Aktivitäten genutzt werden können.

Ab der 5. Klasse wird das Programm „Lions-Quest“ angeboten, da handelt es sich bundesweit um ein Programm, welches über den Sozialclub finanziell gefördert wird mit dem Ansatz, die Lehrer und Erzieher zu qualifizieren, entsprechend bestimmte Praktiken in den Schulklassen durchzuführen, um sich z. B. mit dem Thema Mobbing oder Konflikten auseinanderzusetzen.

Wichtig ist es auch mit den Eltern zusammenzuarbeiten. Daher veranstaltet der KPR viele Elternabende zu verschiedenen Themen rund um Prävention. Auch gebe es Präventionsprogramme für Senioren in Bezug auf die Alkoholsucht. Die Gruppe der über 60-Jährigen ist meistens von Alkoholsucht gefährdet.

Bedeutsam sei ebenfalls eine sinnvolle Freizeitbeschäftigung über alle Altersgruppen hinweg. Deswegen hält die Stadt Plauen verschiedene Freizeitangebote vor. Plauen unterhält 39 Sportstätten, 8 Bolzplätze sowie 50 altersspezifische Spielplätze. Es gibt über 70 Sportvereine und verschiedene Kinder- und Jugendtreffs.

Durch eine Befragung hat man erfahren, dass die Jugendlichen sich mehr Angebote im Stadtzentrum wünschen. Daraufhin konnte mit dem Basketball Club Vogtland 2 x in der Woche ein Basketballangebot mitten auf dem Theaterplatz realisiert werden. Zudem kann vor der

Villa Postplatz Tischtennis gespielt werden, das auch rege angenommen wird. Es gibt eine Vielzahl von Sportmöglichkeiten (Volleyball, Fussball-Dart, Badminton, Tischkicker, Activity Table), auf welche die Stadt stolz sein kann.

All diese Angebote müssen natürlich auch finanziert werden. Die finanziellen Möglichkeiten sind dieses Jahr besonders schlecht. Die Stadtverwaltung macht mehr als sie es eigentlich müsste. Der Vogtlandkreis ist mehr gefordert, um das Angebot noch weiter zu verbessern.

Stadtrat Heydel bedankt sich für die Ausführungen und möchte wissen, wie gut diese Programme von den Schulen abgerufen werden? Er bittet, den prozentuellen Anteil bzw. die Deckungsquote zu nennen.

Bürgermeister Kämpf antwortet, dass die derzeitige Abdeckung an Schulen bei 70 % liegt. Das Ziel ist, dass jedes Kind ein Präventionsprogramm durchlaufen kann. Jedoch gehört all dies zur freiwilligen Aufgabe der Stadt Plauen. Eigentlich müsse mehr Verantwortung vom Bund und Land übernommen werden.

In diesem Bereich meint man oft hoffnungslos zu sein, aber es ist wichtig, dass wir Hoffnung haben, eine Veränderung schaffen zu können und jeder seinen kleinen Beitrag dazu leisten kann, so Herr Kämpf weiter.

Es kommt jedoch vor allem auf die Familien an. Dort wo eine Familie oder Beziehungen auseinanderbrechen und Kinder in der Luft hängen, ist es statistisch erwiesen, dass die Gefahr an Suchterkrankungen größer ist. In Phasen von Scheidungen werden die Kinder oft zum Spielball und sind dadurch besonders belastet. Er appelliert an die Eltern dafür zu kämpfen, eine stabile und gute Beziehung zu führen, denn das ist die beste Prävention, um die Kinder vor Suchterkrankungen zu schützen.

Weiter möchte er die Eltern ermutigen, den Kindern Grenzen zu setzen. Die Eltern sind in der Pflicht, einen gesunden Umgang mit Medien zu vermitteln und müssen sich den Konsequenzen bewusstwerden, wenn sie ihren Kindern frühzeitig den Zugang zu den digitalen Medien zulassen. Er wünscht sich eine flächendeckende Smartphone freie Zone an Schulen.

8. Anfragen (§ 20 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen)

Es gibt keine Anfragen.

Plauen, den

Plauen, den

Tobias Kämpf
Bürgermeister GB I

Sebastian Heydel
Stadtrat

Plauen, den

Plauen, den

Ellen Rotaj
Schriftführerin

Eric Holtschke
Stadtrat